

Wirtschaftspolitische Informationen 2/2009

ver.di Bundesvorstand Berlin -
Bereich Wirtschaftspolitik – Mai 2009
www.wipo.verdi.de



Wirtschaftskrise – Haushaltskrise – Sozialstaatskrise

Einbruch der Steuereinnahmen – Sozialstaat bedroht	2
Wirtschaftskrise und Steuersenkungen.....	4
Steuerpolitik im Wahlkampf und danach	6
Antikrisenpolitik und Profiteure zur Kasse.....	7
Sinkender Anteil der Steuern auf Kapitaleinkommen.....	8
Steuer- und Abgabenbelastung in Deutschland niedrig	10

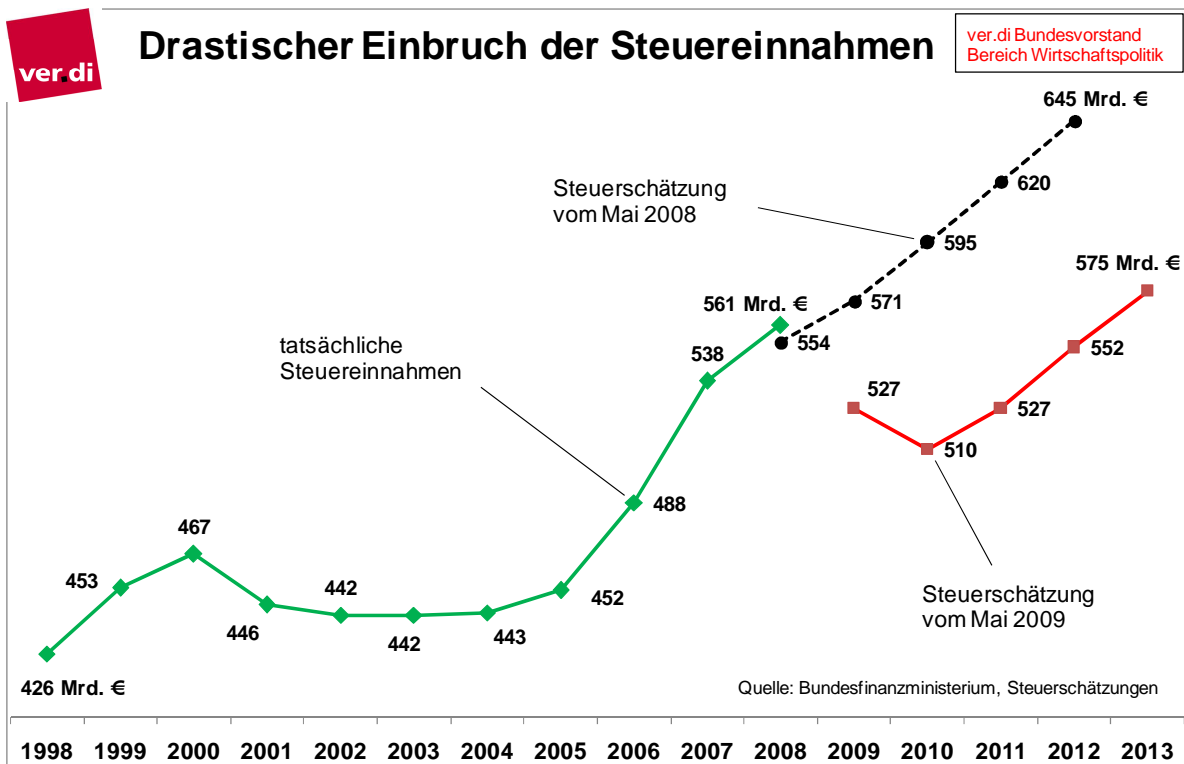
Einbruch der Steuereinnahmen – Sozialstaat bedroht

Im Zuge der dramatischen Wirtschaftskrise schrumpfen auch die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden in den Jahren 2009 und 2010 drastisch. Die Steuerschätzung vom 14. Mai 2009 prognostiziert einen Rückgang gegenüber dem Jahr 2008 um 34 Milliarden in 2009 und weitere 17 Milliarden in 2010. Das sind 6,1 Prozent in 2009 und um weitere 3,1 Prozent in 2010.

Gegenüber den zurückliegenden Steuerschätzungen, die die Grundlage der bisherigen Haushaltsplanungen von Bund, Ländern und Gemeinden darstellten, sind die Rückgänge noch dramatischer. 2009 werden voraussichtlich 45 Milliarden Euro weniger eingenommen als noch im letzten Jahr geschätzt, 2010 85 Milliarden Euro weniger, 2011 und 2012 je 93 Milliarden Euro weniger. In der Summe ergeben sich bis 2012 Mindereinnahmen von weit über 300 Milliarden Euro.

Für 2009 wird ein Rückgang der Steuereinnahmen um 34 Milliarden Euro erwartet. Gründe sind Wirtschaftskrise und Steuersenkungen.

Auf der anderen Seite stehen gewaltige Mehrausgaben, die durch die Krise auf die öffentlichen Haushalte zukommen. Allein die Kosten der Bankenrettung betragen mehrere hundert Milliarden Euro, hinzu kommen höhere Sozialleistungen in Folge steigender Arbeitslosigkeit. Finanzminister Steinbrück schätzt, dass 2009 der Bund



50 Milliarden Euro zusätzliche Schulden aufnehmen muss, 2010 weitere 90 Milliarden. Die EU-Kommission geht von einem Anstieg der gesamten öffentlichen Neuverschuldung Deutschlands um 90 Milliarden Euro 2009 und 140 Milliarden 2010 aus.

Es droht eine „Agenda 2020“ – eine neue Runde der Sozialdemontage, noch weit brutaler als seit 2003. Wenn wir uns nicht wehren!

CDU-Chefhaushälter Steffen Kampeter forderte, dass Steinbrück "Deutschland auch mit Ausgabenkürzungen aus der Schuldenfalle führt". Handelsblatt 4. Mai 2009

Es ist zu befürchten, dass der massive Rückgang der Steuereinnahmen eine neue Runde des Sozialstaatsabbaus und der Umverteilung von unten nach oben einläuten wird. Forderungen nach der Senkung angeblich verschwenderischer staatlicher Ausgaben sind populär. Dabei wird übergangen, dass vor allem soziale Leistungen und öffentliche Ausgaben zugunsten der Bürgerinnen und Bürger gestrichen werden.

„Wir müssen über Einschränkungen nachdenken. Die Handlungsspielräume werden in den nächsten Jahren sehr eingeschränkt sein. Für die neue Regierung gilt: Es werden dornenreiche vier Jahre.“

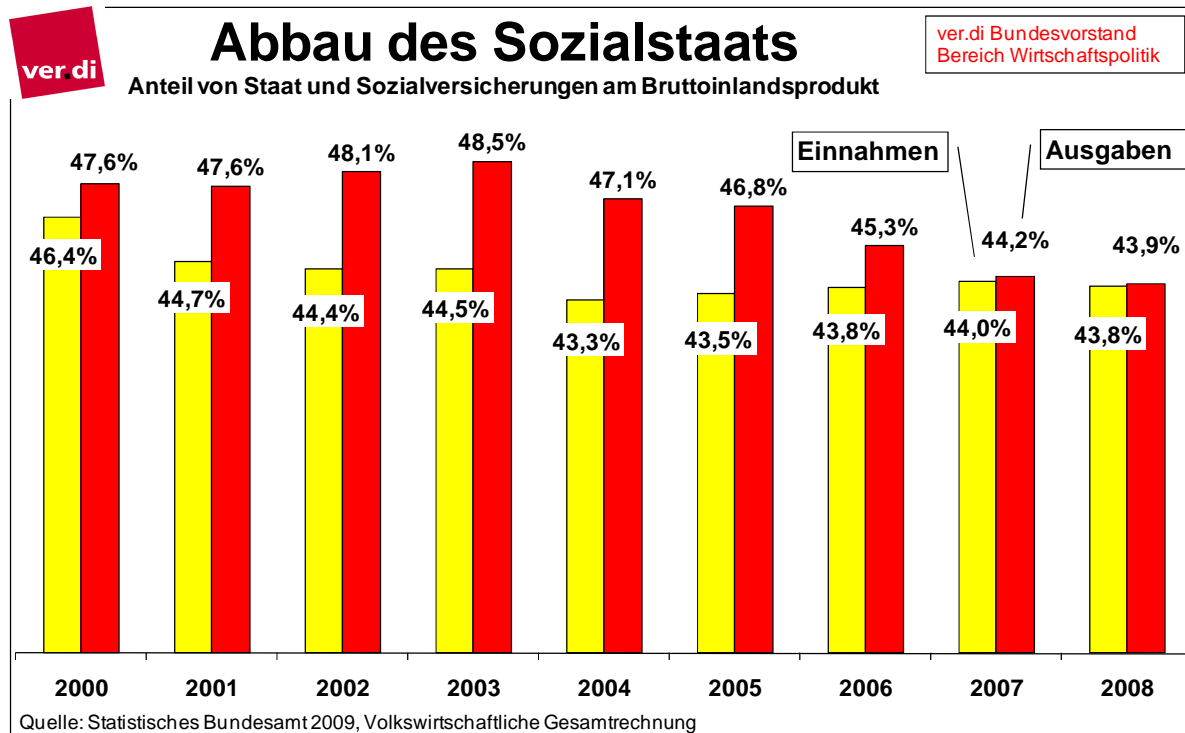
SPD-Fraktionsvorsitzender Peter Struck, 17. Mai 2009

Ein besonders dicker Brocken sind die Zuschüsse des Staates zur Rentenversicherung. Über 80 Milliarden Euro im Jahr. Schon in der Vergangenheit ein Objekt der Begierde, wenn es um Einsparungsmöglichkeiten ging. Rentenkürzungen oder höhere Beiträge wären die unweigerliche Folge. Über 40 Milliarden Euro kostet die Grundsicherung für Arbeitsuchende, über 20 Milliarden Euro die Sozialhilfe. Statt der dringend notwendigen Erhöhung der Leistungen steht zu befürchten, dass den Bedürftigen hier weitere Kürzungen zugemutet werden.

„Dann würde eben die zum 1. Juli versprochene Rentenerhöhung durch eine Rentenkürzung ersetzt. Pech, dass Oma sich deshalb nicht einmal mehr die Schlittschuhe leisten kann, die sie dem Enkel zum Geburtstag schenken wollte, weil der arbeitslose Papi kein Geld dafür hat. Wollen wir wirklich, dass Uropa dann daran erinnert, dass im Hungerwinter 1945/46 auch niemand neue Schlittschuhe kaufen konnte?“

Peter Ehrlich in der Financial Times Deutschland am 8. Januar 2009

Immer mehr Länder und Kommunen verhängen bereits Haushaltssperren und tätigen nur noch die Ausgaben, zu denen sie gesetzlich verpflichtet sind. Investitionen werden gestrichen, die Infrastruktur verfällt. Anfang 2010 stehen wieder Entgelt-Tarifverhandlungen für die Gemeinden an. Es ist zu befürchten, dass die Arbeitgeber Einkommenserhöhungen für völlig unfinanzierbar erklären werden. Dabei wirken



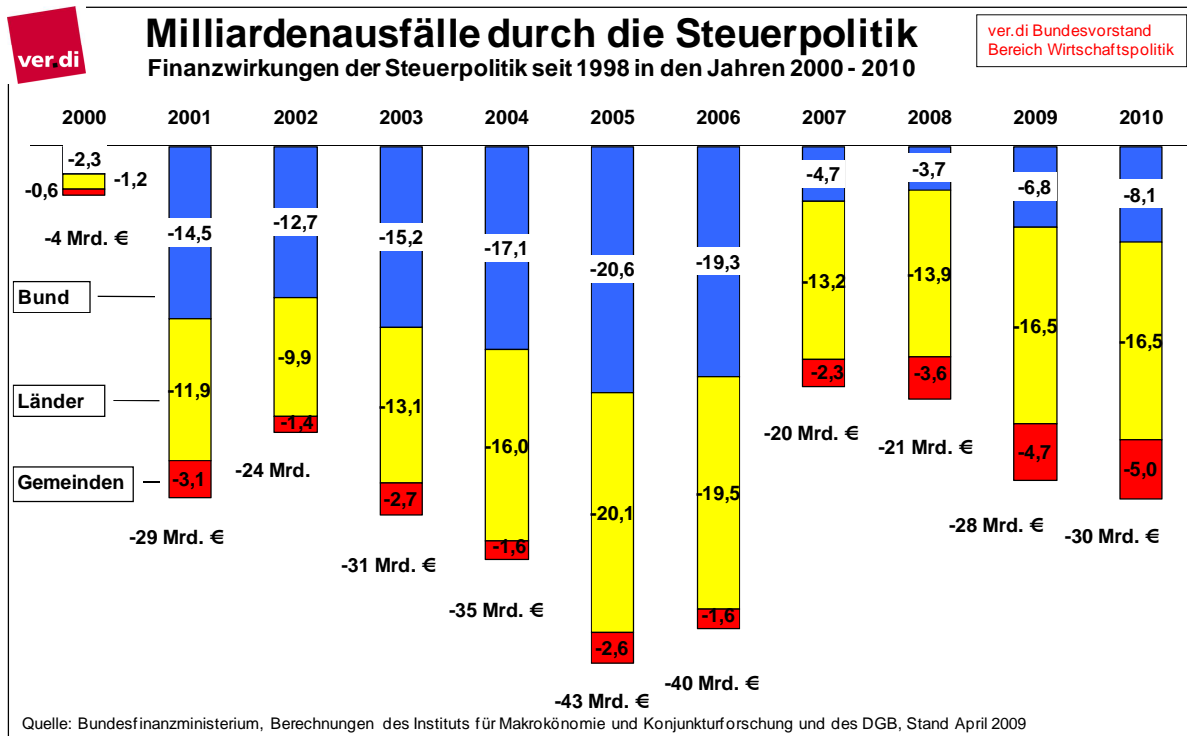
zusätzliche Lohn- und Gehaltszahlungen der öffentlichen Hände kräftig zur Stärkung der Binnennachfrage und damit gegen die Krise – mehr als jede Steuersenkung.

Die Schrumpfung des Sozialstaats hat die Wirtschaft geschwächt und in großem Umfang Arbeitsplätze vernichtet.

Seit der Verkündung der Agenda 2010 im Jahr 2003 wurden der deutsche Sozialstaat und die öffentlichen Investitionen bereits massiv geschrumpft. Dies hat nicht nur die öffentliche Infrastruktur und den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft schwer beschädigt. Ausgabenkürzungen und Personalabbau im öffentlichen Dienst haben in großem Umfang die Nachfrage geschwächt und Beschäftigung vernichtet.

Wirtschaftskrise und Steuersenkungen

Der Hauptgrund für den massiven Rückgang der Steuereinnahmen ist die tiefe Wirtschaftskrise, die zumindest auch das Jahr 2010 noch prägen wird. Die Steuerschätzungen 2008 gingen von einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um nominal zwei Prozent für 2009 aus, die aktuelle Schätzung von einem Rückgang um 5,3 Prozent (preisbereinigt minus sechs Prozent). Für 2010 geht die Schätzung von einem nominalen Zuwachs von 1,2 Prozent aus (preisbereinigt plus 0,5 Prozent), ab 2011 von einem Wachstum um nominal je 3,3 Prozent (preisbereinigt 1,9 Prozent). Diese Aussichten sind höchst unsicher. Es ist gut möglich, dass es insbesondere in den Jahren 2010 und anschließend noch schlechter kommt als jetzt geschätzt.



Neue Steuersenkungen seit November 2008 tragen 2009 zu knapp 17 Milliarden Euro zum Steuerrückgang bei, anschließend zu etwa 30 Milliarden Euro im Jahr.

Aber auch Steuersenkungen, die seit November 2008 beschlossen wurden, spielen eine bedeutsame Rolle. Sie machen laut Steuerschätzung in 2009 knapp 17 Milliarden Euro, in den darauf folgenden Jahren jeweils etwa 30 Milliarden Euro Mindereinnahmen aus. Etwa ein Drittel davon sind Steuererleichterungen im Rahmen der Konjunkturpakete I und II. Sollte es in diesem und den kommenden Jahren zu weiteren Steuersenkungen kommen, würden die Einnahmen noch weiter sinken.

ver.di kritisiert die bisherigen Konjunkturpakete der Regierung nicht nur als zu klein, sondern auch als falsch zusammengesetzt. Die massive Steigerung öffentlicher Investitionen und Beschäftigung wäre das wirksamste Rezept, um in der Krise Konjunktur und Beschäftigung zu stabilisieren. Die vorgesehene Steigerung öffentlicher Investitionen ist aber zu gering und nur bis 2010 befristet. Mehr Personal in Bildung und sozialen Dienstleistungen ist überhaupt nicht vorgesehen, obwohl hier große Bedarfe bestehen. Die überwiegend Unternehmen und Personen mit höheren Einkommen begünstigenden Steuersenkungen dagegen werden dem Staat dauerhaft Einnahmen entziehen.

Schuldenbremse + Steuersenkungen = Sozialstaatsdemontage

Besonders gefährlich wird dies vor dem Hintergrund der neuen Schuldenbremse, die die große Koalition aus CDU/CSU und SPD mit Unterstützung der FDP ins Grundgesetz schreiben will. Diese soll die Spielräume des Staates, zum Ausgleich unzureichender Einnahmen und für Investitionen in die Zukunft Schulden aufzunehmen, stark einschränken. In Zusammenwirken mit den sinkenden Steuereinnahmen in Folge der Krise wird ein Sachzwang aufgebaut, darauf mit einer massiven Senkung öffentlicher Ausgaben zu reagieren.

Steuerpolitik im Wahlkampf und danach

Die absehbar katastrophale Finanzlage der öffentlichen Haushalte im Gefolge der Krise hält FDP, CSU und CDU nicht davon ab, im Wahlkampf weitere Steuersenkungen zu versprechen. In Aussicht gestellt wird gleichzeitig „mehr netto“ und eine Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, also ein Abbau der Verschuldung. Tatsächlich wären diese Zielsetzungen nur vereinbar im Zuge einer radikalen Demontage des Sozialstaats.

Die Steuerausfälle der Vorschläge der CDU/CSU summieren sich auf rund 20 Milliarden Euro. Je nach konkreter Ausgestaltung der einzelnen Punkte kann dieser Betrag auch auf 25 oder 30 Milliarden Euro ansteigen. Maßnahmen zur Gegenfinanzierung sind nicht vorgesehen, genannt werden lediglich „Wachstumspolitik“ und „Haushaltssolidierung“. Letzteres ist gleichbedeutend mit Kürzungen. Dies wäre nicht nur sozial unvertretbar. Auch unter wachstums- und beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten sind die Vorschläge kontraproduktiv. Denn die Entlastungen würden zu einem großen Teil den Beziehern von hohem Einkommen und Reichen zugute kommen und damit keine Wachstumsimpulse auslösen.

Wer in diesem Wahlkampf Steuersenkungen verspricht, lügt oder will den Sozialstaat vollends zugrunde richten.

Die negativen Wachstums- und Beschäftigungswirkungen der zur Gegenfinanzierung unter dem Regime der geplanten Schuldenbremse unumgänglichen Ausgabenkürzungen würden ein Mehrfaches höher sein. Im Ergebnis würden zusätzliche Ausfälle an Steuereinnahmen und Mehrausgaben aufgrund höherer Arbeitslosigkeit auftreten. Es würde sich um die Wiederholung der verfehlten Politik unter dem damaligen Finanzminister Eichel 2001 bis 2005 unter noch ungünstigeren Bedingungen handeln. Die Schuldenbremse würde dann zu einer nach unten gerichteten Spirale aus immer neuen Mindereinnahmen und immer schärferen Kürzungen führen.

Die Vorstellungen der FDP sind noch abenteuerlicher und unsozialer. Die Steuern auf hohe Einkommen und auf Unternehmensgewinne sowie die Erbschaftsteuer sollen massiv gesenkt werden, die Gewerbesteuer gleich ganz abgeschafft. Im Unterschied zu CDU/CSU sagt die FDP offener, was sie sich unter Konsolidierung vorstellt: weitere Demontage und Leistungskürzungen bei den Renten und der gesetzlichen Krankenversicherung, geringere Arbeitslosenunterstützung, Studiengebühren, Privatisierung so gut wie aller noch verbliebenen öffentlichen Unternehmen und Dienstleistungen. Asozial pur.

Antikrisenpolitik und Profiteure zur Kasse

ver.di fordert einen grundlegenden Politikwechsel. Wir wollen einen aktiven Sozialstaat, der die öffentliche Daseinsvorsorge in öffentlicher Verantwortung und auch in öffentlichem Eigentum im Interesse der Bürgerinnen und Bürger wieder ausbaut und für alle gut und professionell organisiert. Das erfordert eine dauerhafte Erhöhung öffentlicher Investitionen und öffentlicher Beschäftigung.

Gegen die Krise fordert ver.di ein drittes Konjunkturpaket im Umfang von 100 Milliarden Euro jährlich zunächst bis 2011. 75 Milliarden zusätzliche öffentliche Ausgaben für Investitionen und Personal, 25 Milliarden für ein arbeitsmarktpolitisches Sofortprogramm. Danach sollen jährlich 50 Milliarden Euro dauerhaft für Arbeit, Bildung und Umwelt investiert werden. Mit diesem Antikrisenprogramm können zwei Millionen tarifgebundene Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden.

Eine soziale Politik gegen Krise und Arbeitslosigkeit erfordert ein Zukunftsinvestitionsprogramm und den Ausbau des Sozialstaats – dauerhaft finanziert durch eine gerechte Steuerpolitik.

Um mehr Sozialstaat finanzieren zu können, sind dauerhaft Mehreinnahmen der öffentlichen Haushalte erforderlich. Steuersenkungen im Bereich der unteren und mittleren Einkommen müssen mehr als ausgeglichen werden durch einen höheren Beitrag der Reichen. ver.di hat dazu das Konzept Steuergerechtigkeit entwickelt, mit dem 75 Milliarden Euro im Jahr zusätzlich eingenommen werden können.

Dazu muss die Vermögensteuer wieder eingeführt und die Steuer auf große Erbschaften erhöht sowie der Höchststeuersatz auf hohe Einkommen auf 50 Prozent angehoben werden. Die Unternehmensgewinne sind durch die Wiederanhebung des Körperschaftsteuersatzes auf 25 Prozent und die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage verstärkt heranzuziehen. Außerdem ist eine Besteuerung von Finanzgeschäften und verstärkter Kampf gegen Steuerhinterziehung notwendig.

Hier soll etwas geändert werden	Mehreinnahme für die Staatskasse
Lohn- und Einkommensteuer	+ 4 Mrd. Euro
Vermögensteuer	+ 20 Mrd. Euro
Erbschaftsteuer	+ 6 Mrd. Euro
Unternehmensteuer	+ 20 Mrd. Euro
Gemeindewirtschaftsteuer	+ 3 Mrd. Euro
Finanztransaktionsteuer	+ 10 Mrd. Euro
Steuervollzug	+ 12 Mrd. Euro
insgesamt	+ 75 Mrd. Euro

Je länger und teurer die Krise wird, desto mehr müssen noch weitergehende Alternativen diskutiert werden. Ein gesellschaftlicher Lastenausgleich, eine wirkliche Umverteilung von den Millionenvermögen zugunsten der Allgemeinheit. So wie in den 1930er Jahren mit dem New Deal in den USA. Mit bis zu 80 Prozent Einkommensteuer in der Spitze hat Roosevelt die Reichen belastet. Für große Erbschaften wurde ebenso viel fällig. Besondere Zeiten erfordern besondere Maßnahmen.

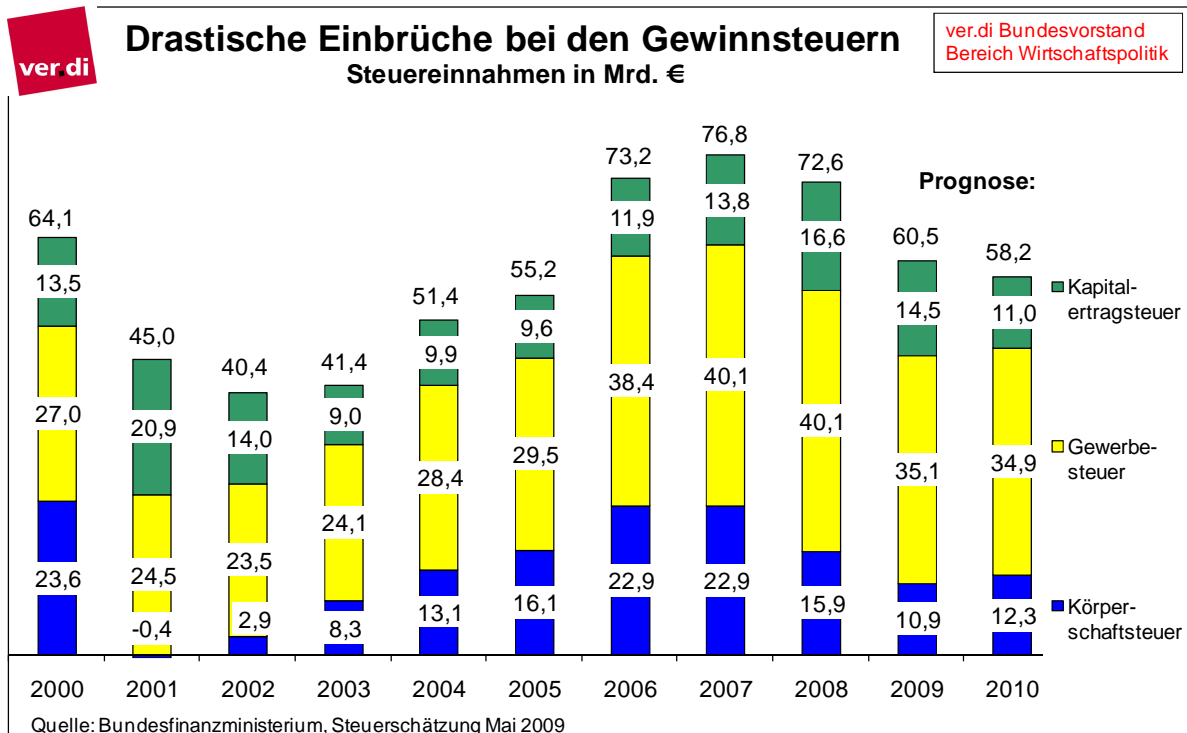
Ohne höhere Steuern für die Reichen und finanzstarken Unternehmen werden wieder wir die Zeche zahlen müssen.

Sinkender Anteil der Steuern auf Kapitaleinkommen

Insbesondere die Steuern auf Gewinne und Vermögenseinkommen gehen in 2009 und 2010 drastisch zurück. Die Gewinne der Unternehmen, besonders die der Banken, sind stark gesunken, noch stärker sinken die Steuerzahlungen. Zusätzlich wirken sich die Unternehmenssteuersenkung 2008 und die neuen Steuervergünstigungen für Unternehmen durch das Konjunkturpaket I negativ aus.

Die Gewinnsteuern der Unternehmer waren seit 2001 durch die rot-grüne Steuerreform massiv eingebrochen. Erst im Jahr 2006 hatten sie wieder das Niveau des Jahres 2000 überschritten, obwohl die Unternehmensgewinne im gleichen Zeitraum um über 50 Prozent zunahmen. 2008 sanken die Einnahmen aus Unternehmenssteuern bereits wieder, weil die Körperschaftsteuer – die Gewinnsteuer der Kapitalgesellschaften – erneut massiv gesenkt wurde, von 25 auf nur noch 15 Prozent. Ein Teil der Ausfälle sollte durch Gegenfinanzierungsmaßnahmen aufgefangen werden. Viele davon sind auf Druck der Unternehmen schon wieder zurückgenommen.

2009 sinkt die Körperschaftsteuer voraussichtlich auf nur noch 10,9 Milliarden Euro. 2007 waren es noch mehr als doppelt so hohe Einnahmen. Die Gewerbesteuer sinkt um sechs Milliarden Euro, 15 Prozent weniger. Die Kapitalertragsteuer sinkt um zwei



und 2010 um weitere 3,5 Milliarden Euro. Die veranlagte Einkommensteuer – auf Einkommen aus selbstständiger Arbeit, Gewerbebetrieb und Eigentum – sinkt um knapp zehn Milliarden Euro, minus 30 Prozent, und 2010 um weitere sechs Milliarden Euro. In der Summe sinken diese Steuern von 105 auf 83 Milliarden Euro in 2009 und nur noch 75 Milliarden Euro in 2010, also um 22 bzw. 30 Milliarden Euro. Das sind knapp zwei Drittel des gesamten Rückgangs der Steuereinnahmen.

Die Steuern auf Gewinne und Kapitaleinkommen brechen besonders massiv weg. Die Steuerlast verschiebt sich weiter auf Lohn- und Verbrauchsteuern.

Die Lohnsteuereinnahmen sind in 2009 zunächst noch relativ stabil, in Folge der von Gewerkschaften in 2008 durchgesetzten Entgeltsteigerungen. Im Laufe des Jahres und 2010 fallen aber auch die Lohnsteuerzahlungen immer schwächer aus. Zunehmende Lohneinbußen durch Kurzarbeit, Überstundenabbau, Lohnsenkungen in der Krise und zunehmende Arbeitslosigkeit schlagen sich nieder. Dazu kommt die Wiederherstellung der Entfernungspauschale und Steuersenkung im Rahmen des Konjunkturpakets II. Geschätzt wird ein Einnahmerückgang um sechs Milliarden Euro bzw. vier Prozent in 2009 und weitere zehn Milliarden bzw. sieben Prozent in 2010.

Bei der Mehrwertsteuer wird geschätzt, dass sie 2009 sogar noch ansteigt und 2010 stabil bleibt. Auch die Verbrauchsteuern bleiben stabil. Gesamtergebnis ist eine weitere Verschiebung der Steuerbelastungen auf die Beschäftigten und die Verbrau-

cherinnen und Verbraucher. Der Anteil von Lohn- plus Mehrwertsteuer am gesamten Steueraufkommen steigt von 48,6 Prozent 2008 auf 51,7 Prozent 2009.

Steuer- und Abgabenbelastung in Deutschland niedrig

Anfang Mai gingen auch die Ergebnisse der neuen OECD-Studie über die Steuer- und Abgabenbelastung der Löhne und Gehälter durch die Medien. Deutschland findet sich hier im internationalen Vergleich weit oben. Durchschnittsverdiener sind mit relativ hohen Lohnsteuern und Arbeitnehmerbeiträgen zu den Sozialversicherungen belastet. Die Arbeitgeberbeiträge sind dagegen in vielen anderen Ländern höher als in Deutschland, weil sie zumeist deutlich höher als die Arbeitnehmerbeiträge sind.

Im europäischen Vergleich ist Deutschland ein Niedrigsteuerland, insbesondere für Unternehmen und Reiche.

Die überdurchschnittliche Abgabenbelastung der Beschäftigten steht nur scheinbar im Widerspruch dazu, dass Deutschland im internationalen Vergleich insgesamt eine niedrige Steuer- und Abgabenquote aufweist. Diese betrug 2007 nach Angaben der OECD 36,2 Prozent, in vielen anderen europäischen Ländern über 40 Prozent. In Deutschland ist insbesondere die Besteuerung von Gewinne und Vermögen niedrig. Wäre die Steuer- und Abgabenquote Deutschlands ebenso hoch wie die Frankreichs, wären die öffentlichen Einnahmen im Jahr 2007 um 180 Milliarden Euro höher gewesen, bei einer Quote wie in Schweden um 290 Milliarden Euro höher.

